

Gegenwind

Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

Neurechte „Friedens“-bewegung



Flughafen Lübeck: pleite

SSW in Kreistagen und Ratsversammlungen: Fünf Interviews



Im Februar 2014 (*Gegenwind* 305) erschienen hier 15 Interviews mit den Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN in Kreistagen, Ratsversammlungen und Bürgerschaft aus Schleswig-Holstein. In diesem Heft finden sich Interviews mit ihren Kolleginnen und Kollegen vom SSW. Der SSW ist in den Kreistagen von Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde vertreten, außerdem in den Ratsversammlungen von Flensburg und Kiel. Das sind die fünf Kreise, die ganz oder teilweise im Landesteil Schleswig liegen.

Eine besondere Situation ergab sich während der Entstehungsphase dieses Themenschwerpunktes in Kiel: Dort zog der SSW bei der letzten Kommunalwahl mit zwei Abgeordneten in die Ratsversammlung ein, damit entstand dort erstmals eine Fraktion (Mindestgröße: zwei Abgeordnete) mit allen Rechten. Dazu gehört auch die Einstellung einer Fraktionsgeschäftsführerin, dieses Amt bekleidete die Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Antje Danker. Die andere Abgeordnete, Susanna Swoboda, unterschrieb den Arbeitsvertrag. Allerdings zerstritten sich die beiden, die eine entließ die andere als Geschäftsführerin der Fraktion, diese klagte beim Arbeitsgericht

„Für uns als Vertreter der dänischen und friesischen Minderheiten ein großes Problem“

Interview mit Ulrich Stellfeld-Petersen, Fraktionsvorsitzender des SSW im Kreistag von Nordfriesland

und gewann. Während der Entstehung des Interviews (nach der Aufnahme, vor der Autorisierung) trat Susanna Swoboda aus der Fraktion aus und ließ Antje Danker als „Einzelabgeordnete“ zurück. Daraufhin jagten sich natürlich die Treffen und Gespräche, und es gelang nicht mehr, dieses Thema angemessen in das Interview aufzunehmen. Da eine Klärung der Situation frühestens für

Mitte Juni zu erwarten ist, drucken wir das Interview in der Form „während“ des Konfliktes und reichen die neuere Entwicklung dann nach, wenn sie absehbar ist.

Schwerpunkt aller Interviews bleibt aber die kommunalpolitische Situation in den jeweiligen Kreisen und kreisfreien Städten.

Reinhard Pohl

Gegenwind: Wie war für Euch das Ergebnis der Kommunalwahl? Ward Ihr mit dem Ergebnis zufrieden?

Ulrich Stellfeld-Petersen: Ja. Wir sind sehr zufrieden gewesen. Wir konnten sogar noch leicht zulegen. Zwar nur ein Zehntel Prozent, aber wir haben unsere Kontinuität gewahrt. In Nordfriesland sind wir mittlerweile mit über neun Prozent eine Bank, wir haben uns bewiesen und haben die Wähler überzeugt, uns wiederzuwählen.

Gegenwind: Wie sind in der Selbstverwaltung die Mehrheitsverhältnisse?

Ulrich Stellfeld-Petersen: In der Selbstverwaltung sind die Mehrheitsverhältnisse so, dass die CDU vorne weg agiert. Dann kommt die SPD. Dann kommen gleichauf SSW, Grüne, WG-NF und abgeschlagen die FDP. Und die Linken mit einem Mandat, also fraktionslos. Wobei bekannt ist, dass eine Koalition besteht, die es ja kommunalrechtlich gar nicht geben darf, aber die es dennoch gibt zwischen Grünen, FDP und CDU. Hinzu kommt ein Mandat von den Piraten zugunsten der Grünen. Bemerkenswert ist, dass der Pirat, ohne auch nur ein Wort mit uns, der SPD oder der WG-NF zu wechseln, gleich bei den Grünen angeheuert hat.

Gegenwind: Ihr habt also eine Regierungsmehrheit und Oppositionsfractionen. Wie ist denn insgesamt das Klima im Kreistag? Redet jeder mit jedem? Oder gibt es eine starke Blockbildung?

Ulrich Stellfeld-Petersen: Es gibt eine sehr starke Blockbildung von Seiten der Jamaika-Kooperation, also FDP, Grüne und CDU. Wir haben sie nicht aufgelöst bekommen. Wir haben nach der Kommunalwahl Gespräche geführt, natürlich auch mit den Grünen. Da war mir nach dem ersten Gesprächstermin vollkommen klar, dass das nichts werden wird, obwohl wir dann noch einen zweiten Termin vereinbart haben. Das hat ja Uwe Schwalm im Interview auch gesagt (vgl. **Gegenwind** 305, Sonderheft Seite 8), dass er sich dort besser aufgehoben fühlt, weil seine klimapolitischen Ziele dort besser zur Geltung kommen beziehungsweise besser durchgesetzt werden können. Wir haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir als SSW klimapolitische Ziele im-



mer unterstützt haben, zumal wenn sie sich gegen die inzwischen offensichtlichen extremen Klimaveränderungen richteten. Und das haben wir immer gestützt, ich kann mich auch nicht entsinnen, dass die beiden anderen Gruppierungen, also SPD und WG-NF, das nicht getan hätten. Diese Zugeständnisse hätte er auch ohne weiteres bekommen. Das wäre null Problem gewesen. Aber er hat trotzdem den Weg nach Jamaika wieder gesucht und dann auch gefunden. Damit ist natürlich die Situation die, dass wir eine Blockbildung haben, dass wir große Probleme haben insbesondere, was unsere minderheitenpolitischen Ziele angeht, im Kreishaus zu realisieren und durchzusetzen. Das wurmt uns natürlich. Auf der anderen Seite können wir auch mit Stolz vermelden, dass wir als SSW regelmäßig gemeinsam mit SPD und WWNF auch einiges ins Rennen gebracht haben, gerade was klimapolitische Ziele angeht, was Grüne nicht mehr geschafft haben. Daher glaube ich, dass die hauptsächlichen Zielsetzungen der Grünen, wenn ich mal in die 80er Jahre zurück gehe, was für die Umwelt im ökologischen Sinne zu tun, mittlerweile auch von anderen schon längst übernommen worden sind beziehungsweise gefordert werden. Wir sind im Verhältnis zu den Grünen auch viel weiter.

Gegenwind: Kannst Du das konkretisieren?

Ulrich Stellfeld-Petersen: Wir haben beispielsweise die Wind-Wärme-Kopplung in Zusammenarbeit mit Dithmarschen im Kreistag in einem Antrag gefordert. Das Ziel ist, zusammen mit Dithmarschen eine Vermarktung der überschüssigen, also nicht abgenommenen Energie durchzusetzen. Dazu brauchen wir beide Kreise, das kann man nicht alleine machen. Jetzt warten wir auf Dithmarschen. Wir haben den Antrag im Kreistag durchgesetzt. Es muss gewährleistet werden, dass wir nicht Energie für den Himmel produzieren, sondern für die Steckdose. Und wenn wir unserer Bevölkerung in den beiden Kreisen die Möglichkeit geben können, Energie direkt vom Erzeuger abzunehmen, dann sollten wir das auch tun. Darauf sind die Grünen nicht gekommen, die Grünen beschränken sich auf das klimapolitische Ziel, bis 2020 klimafreundlichster Kreis zu werden. Ich bin gerne bereit, das zu unterstützen, das tun wir und viele andere auch. Aber wir sollten nicht Klimaschutz als globales Problem aus dem Auge verlieren. Dazu müssen wir so viele Regionen wie möglich zusammen kriegen, um eben wirklich was erreichen zu können.

Gegenwind: Jetzt hattet Ihr die Wahl des Landrates. Da ist es zu dem Verfahren gekommen, dass der Landrat ausgelost wurde. Kannst Du schildern, wie es aus Deiner Sicht dazu gekommen ist?

Ulrich Stellfeld-Petersen: Es gab innerhalb der Verwaltung nach der ersten Wahl von Dieter Harrsen, die wir auch unterstützt haben, interne Auseinandersetzungen. Es ging um ein Amt, dessen Leiterin ebenfalls Kandidaten für die Landratswahl 2008 war. Sie kandidierte für die CDU, hat aber ihr Ziel nicht erreicht. Es gab interne Auseinandersetzungen, und wir haben aufmerksam beobachtet, was da läuft. Das hat sich im Laufe der Jahre nicht großartig verändert, teils vielleicht zuge-spitzt. Die Konsequenz für Jamaika war zu sagen, diesen Landrat wollen wir nicht mehr. Allerdings unter faden-scheinigen Vorwänden, wir müssten den Posten ausschreiben. Wir hätten nicht ausschreiben müssen, dazu gab es überhaupt keinen Zwang. Wir müssten uns auch die Kandidaten anhören – das haben wir auch gemacht, gegen unseren ursprünglichen Willen, aber die Mehrheit hat sich durchgesetzt. Wir haben uns die Kandidaten angehört, und ich muss sagen: Wer sich heutzutage alles als Landrat bewirbt... Und dann präsentierte Jamaika irgendwann den Herr Sommer. Der ist dann aufgetreten, nominiert worden und stand zur Wahl. Das Problem, das Jamaika hatte, war, dass nicht nur zwei Leute abgesprungen sind, sondern mehrere, und die Mehrheit in den ersten beiden Wahlgängen kam nicht zustande. Und dann kam der dritte Wahlgang, wo die einfache Mehrheit gereicht hätte, und da gab es ein Unentschieden und damit die Auslosung, und die hat Dieter Harrsen glücklicherweise gewonnen.

Und dann kam der große Katzenjammer. Danach ist aber das Amt auch strukturell verändert worden, und zwar zum Wohle der Bevölkerung.

Gegenwind: Wie ist jetzt das Verhältnis zwischen den beiden Blöcken? Und wie ist das Verhältnis zum Landrat?

Ulrich Stellfeld-Petersen: Wir haben ein entspanntes Verhältnis zu Dieter Harrsen, weil wir ihn ja auch unterstützt haben bei der Wahl. Wir sehen auch, dass er in den letzten Jahren gute Arbeit gemacht hat. Wir können uns nicht beklagen. Ich denke, dass auch die Jamaika-Fraktionen inzwischen ihre Wunden geleckt haben und auch wieder zu einer Zusammenarbeit bereit sind. Mir ist auch nichts Gegen-

teiliges bekannt. Es gibt natürlich immer wieder Punkte, bei denen es unterschiedliche Auffassungen gibt. Aber im Moment gibt es keinen konkreten Konflikt.

Als SSW haben wir große Probleme mit unserer minderheitspolitischen Zielsetzung. Wir werden vom Landrat zwar unterstützt, aber nicht genügend von der Jamaika-Mehrheit. Und das ist für uns als Vertreter der dänischen und friesischen Minderheiten ein großes Problem. Das müssen wir lösen, das können wir nur durch Gespräche mit den drei Jamaika-Fraktionen lösen. Wir müssen sie davon überzeugen, dass Minderheitenpolitik nichts Böses, sondern was Notwendiges ist.

Gegenwind: Kannst Du zwei oder drei Beispiele sagen, was Ihr gerne durchsetzen möchtet?

Ulrich Stellfeld-Petersen: Wir haben auf Landesebene die gute Position, dass wir die Gleichstellung der Schulen, die uns damals die CDU und FDP gestrichen haben, wieder haben. Jetzt können wir wieder im Bildungsbereich wirtschaften. Der ist für die Minderheit natürlich existenziell wichtig. Aber wir merken, dass aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes, was zwar noch nicht existent ist, aber was existent werden wird, den Kreisen hier und dort sicherlich Geld fehlen wird. Das betrifft natürlich zuallererst die freiwilligen Leistungen und damit auch die wenigen freiwilligen Leistungen, die von Seiten der Kreise an die Minderheit geleistet werden. Die werden ersatzlos wegfallen, wenn wir nicht aufpassen. Und da sind natürlich auf der einen Seite die Kreise in der Pflicht, also auch die Verwaltungen und die zuständigen Kommunalpolitiker. Aber wir merken auch, dass die Oppositionsprobleme, die hier nicht gelöst werden können, auf die Kreise projiziert werden und wir uns damit auseinandersetzen müssen. Wir haben in Nordfriesland als in dieser Frage fortschrittlichsten Kreis eine klare Kreistagvereinbarung, dass einmal in der Periode ein Minderheitenbericht geliefert wird, der auch fortgeschrieben wird. Und es stehen klare Bekenntnisse von allen drin, es werden die Probleme der dänischen und friesischen Minderheit klar benannt. Aber dennoch, was die finanzielle Gleichstellung angeht, wird nicht genügend getan. Wenn Du das weiter runterbrichst in den kommunalen Bereich, also in die Gemeindevertretungen, sieht es noch desolater aus. Wir sind als SSW natürlich verpflichtet, da für

Abhilfe zu sorgen, denn wir sind die Partei der dänischen und friesischen Minderheit.

Gegenwind: Siehst Du Möglichkeiten, auch über die Grenzen der beiden Blöcke hinweg hin und wieder etwas durchzusetzen?

Ulrich Stellfeld-Petersen: Ich denke schon, dass man mit Gesprächen etwas erreichen kann. Gespräche sind alles. Kommunikation ist alles. Aber es hängt auch immer von den handelnden Personen ab. Und wir haben in Nordfriesland bei den handelnden Personen Unterschiedlichkeiten, die sich auch bemerkbar machen bei den Entscheidungen. Und das ist etwas, was auch durch Gespräche und Nettigkeiten nicht ohne weiteres kompensiert werden kann. Da liegen im Kreistag Nordfriesland auch die Probleme. Wir haben große Probleme mit den Grünen, die eigentlich ein anderes Selbstverständnis haben von Politik, jedenfalls im Land. Wir haben Probleme, mit den Grünen auf Kreisebene ins Gespräch zu kommen, zumal sie uns in den Gesprächen nach der Kommunalwahl richtig düpiert haben. Da muss man auch nicht drumrumreden, es ist so. Da bestehen gehörige kommunikative Probleme, bei denen ich noch nicht weiß, wie wir das in den Griff kriegen sollen. Aber es gibt auch innerhalb der Fraktion der Grünen Menschen, mit denen das möglich wäre. Dafür müsste sich aber auch in der Zuständigkeit etwas ändern.

Gegenwind: Auf Landesebene gab es ja eine Klage von einigen Mitgliedern der Jungen Union, dem SSW die Mandate im Landtag zu entziehen, weil der SSW angeblich nicht mehr die Partei der Minderheit sei. Das wurde abgewiesen. Beeinflusst Euch diese Auseinandersetzung?

Ulrich Stellfeld-Petersen: Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes betonen wir nochmal klar unsere Zuständigkeiten. Das haben wir in der Vergangenheit auch gemacht, aber anscheinend ist es notwendig, das immer wieder zu betonen. Der SSW ist die Partei der dänischen und friesischen Minderheit. Wir vertreten die politischen Interessen der Minderheiten.

Gegenwind: Vielen Dank

„... überzeugt, dass unsere gute Arbeit überzeugt“

Interview mit Susanne Schäfer- Quäck, Fraktionsvorsitzende des SSW in der Ratsversammlung Flensburg

Gegenwind: Sind Sie mit dem Ergebnis der Kommunalwahl zufrieden?

Susanne Schäfer-Quäck: Nein. Ich bin nicht zufrieden. Wirklich nicht. Bei der letzten Kommunalwahl hatten wir neun gewählte Ratsmitglieder und fünf Jahre später einen weniger, also nur noch acht. Dabei hatte ich ein gutes Gefühl im Wahlkampf. Allerdings muss ich auch sagen, dass die Wahlbeteiligung in Flensburg sehr, sehr niedrig war. Das war erschreckend. Ich war sehr enttäuscht, dass so viele Menschen sich nicht beteiligen.

Gegenwind: Wie ist jetzt die Selbstverwaltung zusammengesetzt? Wie sind die Mehrheitsverhältnisse?

Susanne Schäfer-Quäck: Im Flensburger Rathaus stellt die CDU die stärkste Fraktion mit zehn Mandaten, dann kommt die SPD mit neun. Der SSW ist die drittstärkste Kraft mit acht Vertretern. In Flensburg haben wir es mit sieben Fraktionen zu tun: die freie Wählergemeinschaft, WiF, hat sechs, die Grünen fünf, FDP und Linke jeweils zwei Mandate. Dazu kommt noch ein fraktionsloses Mitglied. Diese Vielfalt ist nicht immer ganz leicht zu handhaben.

Gegenwind: Gibt es denn eine Blockbildung? Oder wird mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt?

Susanne Schäfer-Quäck: In Flensburg haben wir sozusagen weder Regierung noch eine Opposition. Das ist ja auch guter Brauch in der Kommunalpolitik, dass die Themen eine größere Rolle spielen als die Partei. Im Rathaus wechseln je nach Thema die Mehrheiten. Ich sehe das durchaus positiv, weil man auf diese Weise gezwungen ist, für seine Konzepte bei den anderen Fraktionen zu werben. Einsame Entscheidungen auf den Rücken anderer Fraktionen gibt es bei uns nicht, weil man ohne Partner in der Ratsversammlung keine Chance hat, etwas durchzubringen. Darum ist man rücksichtsvoll. Es tun sich immer drei, manchmal sogar vier Fraktionen zusammen, um eine Mehrheit zu gewinnen. Dabei spielt es übrigens keine Rolle, welche Fraktion den entscheidenden Anstoß gegeben hat.

Gegenwind: Wie ist das Klima in der Ratsversammlung? Redet jeder mit jedem? Kann jeder mit jedem reden?

Susanne Schäfer-Quäck: Doch, das kann ich durchaus bestätigen. Das Klima ist eigentlich gut und wir gehen partnerschaftlich miteinander um. Das haben wir aber erst wieder lernen müssen. In der letzten Wahlperiode gab es viele falsche Töne, böse Worte und es herrschte insgesamt ein ziemlich rauher Ton. Das hat mir nicht gefallen. Denn so macht das Ehrenamt keinen Spaß. Nach der Wahl hat sich das aber verbessert. Das Klima ist viel, viel besser geworden in der Flensburger Ratsversammlung. Es kann wirklich jeder mit jedem reden – und wir tun das auch.

Gegenwind: Jetzt hat der SSW ja auch die Oberbürgermeisterwahl gewonnen, der SSW-Kandidat Simon Faber ist jetzt Chef der Verwaltung. War das für Sie überraschend?

Susanne Schäfer-Quäck: Eigentlich schon. Im Alltag gilt es sogar in Flensburg mit seiner langen Tradition des friedvollen Miteinanders noch manchen Graben zu überwinden zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der Minderheit. Abfällige Äußerungen waren aber im Wahlkampf kaum zu hören. Im Gegenteil, wir haben viel Zuspruch für den jungen und engagierten Kandidaten bekommen, als wir

Simon im Wahlkampf unterstützten. Doch wir wussten bereits in der ersten Runde, als die Flensburgerinnen und Flensburger sich zwischen acht Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden konnten, dass es auf die Wahlbeteiligung ankommt. Je höher die Wahlbeteiligung, desto besser sind seine Chancen. Wir haben viel gemacht, um unsere Mitglieder zur Wahl zu bewegen. Und das hat auch gut geklappt. Aber entscheidend waren die Stimmen der Mehrheitsbevölkerung. Auf diese Weise kommt der OB-Wahl eine historische Bedeutsamkeit zu. Die Flensburgerinnen und Flensburger fühlten sich am besten durch Simon Faber vertreten. Dabei spielte es keine Rolle, dass er zur dänischen Minderheit gehört. Er setzt sich für alle ein. Ein dänisch gesinnter Oberbürgermeister war ein tolles Signal für ganz Schleswig-Holstein.

Gegenwind: Hat sich dadurch etwas geändert? Sind die anderen Parteien neidisch auf den Erfolg?

Susanne Schäfer-Quäck: Nein, neidisch nicht. Es gab einige Parteien und Fraktionen, die sich damit ein bisschen auseinandersetzen mussten. Aber mittlerweile hat sich alles beru-

higt, auch weil Simon gute Kontakte nach Dänemark hat. Die Nachbarn im Norden geben gute Impulse, was zum Beispiel die Verkehrsentwicklung betrifft. Das erkennen inzwischen alle Ratsfraktionen an.

Gegenwind: Ist es in der Stadt ein Problem, wenn die dänische Minderheit den Oberbürgermeister stellt?

Susanne Schäfer-Quäck: Nein, überhaupt nicht. Die erste Aufregung hat sich gelegt und inzwischen ist das Alltag. Allerdings muss ich einräumen, dass sich Manche schwertun mit einer selbstbewussten Minderheit. Die wollen uns gerne klein halten. Damit hatte schon früher Karl Otto Meier im Landtag zu tun und das wiederholt sich immer mal wieder mit Klagen vor dem Landesverfassungsgericht, die aber durchweg erfolglos blieben. Ich vermute, dass wir in einer kleinen Nische bleiben sollen. Tatsächlich sind die Wählerinnen und Wähler anderer Meinung und haben den SSW in Kiel in die Landesregierung gewählt. Der SSW stellt in Flensburg den Oberbürgermeister. Das ist offenbar Einigen zu viel. Die wichtigen Dinge sollen doch bitteschön die anderen Parteien entscheiden, höre ich immer mal wieder. Als ob unsere Stimmen zweitklassig wären. Diese Distanz dem SSW gegenüber nehme ich ernst, bin aber da-

von überzeugt, dass unsere gute Arbeit überzeugt.

Gegenwind: Haben Sie eine Klimaänderung bemerkt, als die Klage gegen die SSW-Landtagsmandate beim Verfassungsgericht eingereicht und verhandelt wurde? Es war ja die Frage: Darf die Minderheit sich an einer Regierung beteiligen? Darf die Minderheit sich zu allen Fragen äußern?

Susanne Schäfer-Quäck: Die Ratsfraktion in Flensburg hat das natürlich aufmerksam verfolgt, schließlich wurde vor Gericht der Status des SSW als Partei der dänischen Minderheit verhandelt. Allerdings war niemand von uns wirklich beunruhigt, dass die Klage Erfolg haben könnte. Wir arbeiten hier in Flensburg gut mit der CDU zusammen. Deren Jugendorganisation hatte die Klage in Schleswig eingereicht. Die CDU hat uns immer unterstützt, und wir arbeiten wirklich sachorientiert mit der CDU-Fraktion zusammen. Feindseligkeit oder Ablehnung haben wir im Rathaus nicht gespürt.

Gegenwind: Kam die Klage eher aus Holstein?

Susanne Schäfer-Quäck: Ich kann nicht beurteilen, wie die Entscheidungswege in der CDU verlaufen. Wir hätten uns aber gewünscht, dass es gar nicht erst zur Klage gekommen

wäre. Die erfahrenen CDUler hätten doch ihrer Jugendorganisation erklären können, wie es sich hier im Grenzland historisch entwickelt hat. Die alten Hasen wissen doch Bescheid. Ich muss schon sagen, da war ich persönlich enttäuscht. Dass eine Partei eine Kampagne gegen uns gegen ihre innere Überzeugung und wider besseres Wissen anzettelt, war nicht gut. Das geht gegen mein skandinavisches Politikverständnis und dem Streben nach einem demokratischen Konsens. Zum Schluss hat es mich riesig gefreut, dass der SSW vor dem Gericht Recht bekommen hat. Wir hoffen, dass die Zweifel am Minderheitenschutz damit endlich mal ad acta gelebt werden.

Gegenwind: Wie ist denn das Verhältnis zur Verwaltung? Arbeitet die Verwaltung mit allen Fraktionen gut zusammen? Ist sie offen für Fragen?

Susanne Schäfer-Quäck: Doch, das würde ich schon sagen. Die Verwaltung ist offen für Fragen. Sie unterstützt uns. Im Großen und Ganzen herrscht eine gute Zusammenarbeit. Allerdings klappte das nicht von Anfang an. Als Frischling in der Kommunalpolitik musste ich erst lernen, woher ich am besten Informationen bekomme und wen ich am besten anspreche und wie ich meine Anliegen am besten durchsetze. In den Büros sitzen aber ab und zu Leute, die sehr skeptisch sind oder überhaupt nicht kooperieren wollen. Solche Ausnahmen gibt es aber überall. Das kommt auf die Person an, mit der man es zu tun hat.

Gegenwind: Lässt die Verwaltung erkennen, dass sie die Übermacht hat? Denn die Fraktionen können ja personell nicht mithalten.

Susanne Schäfer-Quäck: Manchmal spürt man es schon. Aber das ist nur in wenigen Fachbereichen so. In den meisten Fachbereichen arbeitet man auf Augenhöhe zusammen und zieht gemeinsam an einem Strang. Flensburg ist dann doch so klein, dass man sich auch als Fachmann auf Dauer keine Extratouren leisten kann, weil man immer wieder in eine Situation kommt, wo man aufeinander angewiesen ist.

Gegenwind: Gibt es bei SSW-Vorhaben oder SSW-Anträgen Parteien, mit denen Sie schneller zu einer Zusammenarbeit kommen, die das eher unterstützen? Gibt es bevorzugte Bündnispartner?

Gegenwind 309 · Juni 2014

Vereidigung und Ermächtigung für DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen



Viele, die als Dolmetscherin oder Dolmetscher arbeiten, streben die „allgemeine Vereidigung“ als Gerichtsdolmetscher/in an. ÜbersetzerInnen wollen gerne als „UrkundenübersetzerIn“ ermächtigt werden. Diese Broschüre gibt eine Übersicht über die Voraussetzungen und Prüfungsverfahren, die in allen Bundesländern unterschiedlich sind. Außerdem werden die Regeln für den Beruf erläutert. Es geht also um das Auftreten vor Gericht, die Regelungen für eine mögliche Befangenheit, das Verhalten bei unklaren Äußerungen. Es geht um Besuchsüberwachung und begleiteten Umgang. UrkundenübersetzerInnen erfahren, wie sie mit gefälschten Urkunden oder unleserlichen Passagen umgehen müssen.

Reinhard Pohl: **Dolmetschen vor Gericht**
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Susanne Schäfer-Quäck: Man kann es beinahe schon als Flensburger Tradition bezeichnen, dass die Fraktionen zusammenarbeiten. Jahrzehnte lang hatte keine politische Kraft eine Gestaltungsmehrheit, so dass man immer aufeinander angewiesen ist. Per ordre du mufti geht in Flensburg gar nichts. Und das ist auch gut so, denn nur gemeinsam kommt man zu nachhaltigen Ergebnissen. Für den SSW ist klar: wir arbeiten mit jedem zusammen, der unser Vorhaben unterstützt. So kämpfen wir gemeinsam mit der Wählergemeinschaft WiF für den Bau eines City-Bahnhofs und zusammen mit der CDU für den Ausbau des Skaterparks; um nur einige Vorhaben zu nennen. Wir reichen jedem die Hand für eine Zusammenarbeit; vorausgesetzt es ist keine rechtsradikale Partei. Da hört meine Toleranz absolut auf.

Gegenwind: Was sind die Schwerpunkte des SSW in dieser Wahlperiode? Was für Anträge haben Sie schon eingereicht, was wollen Sie noch umsetzen?

Susanne Schäfer-Quäck: Schwerpunkt ist für die SSW-Ratsfraktion natürlich immer noch die Gleichstellung der dänischen Minderheit. Wir möchten, dass wir für unsere Institutionen die gleichen Zuschüsse erhalten wie für die deutschen. Das haben wir auch vielfach schon erreicht. Aber eben noch nicht überall. Wir haben entsprechende Anträge gestellt: Wenn die Zuschüsse für Institutionen im Zuge der Tarifierhöhung dynamisiert werden, muss das selbstverständlich auch für unsere Kindergärten oder Freizeiteinrichtungen gelten. Da kommt der Vorteil von Flensburg zu Zuge, dass wir nämlich die Stadt der zwei Kulturen sind. Die meisten Ratsfraktionen arbeiten schon lange mit dem SSW zusammen, so dass solche Vorhaben ohne lange Debatte unterstützt werden. Das ist auf jeden Fall viel, viel einfacher geworden als zu früheren Zeiten.

Und ansonsten ist Sozialpolitik eine Herzensangelegenheit. Der SSW setzt sich für Schwache ein und bekämpft Benachteiligungen. Städtische Neubauten ohne behindertengerechten Zugang wird es zum Beispiel mit uns nicht geben.

Infrastrukturpolitik ist das Politikfeld, das am meisten Zeit in Anspruch nimmt. Allerdings kann man hier mit weitsichtigen Entscheidungen das Gesicht der Stadt entscheidend prägen. Vorgestern, also am 6. Mai, hat

der SSW beispielsweise einen Antrag in den Hauptausschuss eingebracht. Wir wollen einen Grundsatzbeschluss herbeiführen, dass keine städtischen Grundstücke am Hafen oder in unmittelbarer Nähe verkauft werden. Die sollen nur in Erbpacht weitergegeben werden, so dass auch noch nachfolgende Generationen öffentlichen Zugang zur Förde haben werden und es die Stadt in der Hand hat, was an der Förde passiert – und eben keine Privatleute. Das Anliegen wurde von allen Fraktionen unterstützt. Trotzdem werden wir noch einmal beraten, um das Ganze wirklich wasserfest zu formulieren. Hier arbeiten wir gut mit der Verwaltung des Rathauses zusammen.

Gegenwind: Haben Sie aus dem Wahlkampf noch Forderungen oder Versprechen, die Sie in dieser Periode noch umsetzen wollen?

Susanne Schäfer-Quäck: Ja, wir haben noch eine ganze Reihe von Punkten. Das sind vor allem soziale Vorhaben. Am allerliebsten hätten wir zum Beispiel professionelle Betreuungsmöglichkeiten für alle Flensburger Kinder, die für die Eltern kostenfrei ist. Das ist angesichts der Haushaltslage der Stadt sehr ambitioniert und erscheint angesichts der vielen Krippenplätze, die in Flensburg noch fehlen, völlig aussichtslos. Aber wir werden natürlich versuchen, irgendwie alles, was möglich ist, auch möglich zu machen. Eine gute Betreuung ist für viele Kinder die beste Vorbereitung für die Schule und uns darum so wichtig. Darüber hinaus entwickelt sich in Flensburg allmählich ein Wohnungsproblem. Flensburg hat nach dem Krieg enorme Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau unternommen, in Zuge dessen wunderbare neue Quartiere geschaffen wurden. Alleinerziehende, mobilitätseingeschränkte Senioren und nicht zuletzt die Studierenden drängeln sich aber inzwischen auf dem enger werdenden Wohnungsmarkt. Flensburg wird bald 100.000 Einwohner haben. So wird die Wohnungssuche zum Problem, vor allem, wenn die Sozialbindung vieler Wohnungen ausläuft. Der Bau bezahlbaren Wohnraums genießt also Vorrang. Hier unterstützt der SSW Mieter, die es nicht so leicht haben, wie beispielweise Menschen mit Behinderung.

Last, but not least setzen wir uns für existenzsichernde Löhne ein. Der SSW hat für die Tarifbindung der öffentlichen Aufträge gekämpft. Wir wollen nicht, dass die Stadt investiert und den



Arbeitern nur Dumpinglöhnen bezahlt. Die öffentliche Hand muss unbedingt mit gutem Beispiel voran gehen; tut das leider aber nicht immer. Ich empfinde es darüber hinaus als Skandal, dass es gesetzlich erlaubt ist, Jobs mit Hungerlöhnen anzubieten, bei denen der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Fleißige Menschen müssen die Aufstockung ihres Lohnes beantragen, weil sie davon nicht leben können. Diese Ungerechtigkeit bekämpft der SSW.

Gegenwind: Das Land plant, den Kommunalen Finanzausgleich neu zu regeln. Begrüßen Sie das Konzept der Landesregierung?

Susanne Schäfer-Quäck: Auf jeden Fall. Wir haben sehr dafür gekämpft, dass endlich etwas Vernünftiges auf den Tisch kommt. Schließlich trägt Flensburg als kreisfreie Stadt enorme Lasten. Wir halten eine Infrastruktur für die Umlandgemeinden vor und benötigen zu dessen Finanzierung einen gerechten Ausgleich. Ich glaube, dass das alte Finanzausgleichsgesetz 40 Jahre alt ist und einfach nicht mehr Schritt gehalten hat mit den neu-

en Aufgaben, die die großen Städte inzwischen schultern. Bekommt der Kreis Herzogtum Lauenburg nicht immer noch Zonenrandförderung? Das allein zeigt doch, dass sich schleunigst etwas ändern muss. Der Innenminister hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Verteilung gerechter macht. Alle kreisfreie Städte, nicht nur Flensburg, sollen mehr Geld bekommen.

Gegenwind: Das sehen ja SSW-Fraktionen in den Landkreisen vermutlich anders. Tauschen Sie sich mit denen regelmäßig aus? Arbeiten Sie zusammen? Vertragen Sie sich alle?

Susanne Schäfer-Quäck: Doch, wir treffen uns regelmäßig und vertrauen uns alle. Wir haben zum Beispiel mit der Schleswiger Fraktion sehr intensiv und frühzeitig über die Zukunft des Landestheaters gesprochen, als sich abzeichnete, dass die Spielstätte in Schleswig nicht mehr nutzbar ist. Mit den Nachbargemeinden Harrislee und Handewitt stehen wir auch in ständigem Kontakt. Kirchturmdenken ist bei diesen Gesprächen nicht immer vermeidbar, aber wir finden eigentlich immer eine Lösung, mit der alle leben können.

Gegenwind: Gibt es auch Projekte, bei denen Sie mit den Fraktionen in den anderen Kreisen zusammenarbeiten?

Susanne Schäfer-Quäck: Im Moment gibt es keine aktuellen Projekte. Aber als Stadt Flensburg arbeiten wir mit den Hauptausschüssen der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg zusammen. Wir treffen uns ab und zu. Dasselbe passiert in einem kontinuierlichen Rahmen im Bereich des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Die treffen sich regelmäßig, das finde ich eine sehr gute Maßnahme.

Gegenwind: Es kommen immer mal wieder Diskussionen auf über eine Kommunalreform. Es gab den Vorschlag, Flensburg in den Kreis Schleswig-Flensburg aufgehen zu lassen oder aus dem Landesteil Schleswig einen Kreis zu bilden. Wird so etwas bei Ihnen auch diskutiert?

Susanne Schäfer-Quäck: Das ist ein schwieriges Thema. Schleswig-Holstein ist unglaublich kleinteilig und die Mehrheit der kleinen Dörfer ist nicht handlungsfähig, wenn man ehrlich ist. Aber ich befürchte, dass eine offene Diskussion noch nicht möglich ist. Es gibt eben immer noch zu viele kleine Fürsten, die nur die negative Seite der Veränderung sehen. Dabei muss es vor allem darum gehen, den Bürgerinnen und Bürgern ihre Entscheidungsmöglichkeiten wieder zu geben. Die kleinen Gemeinden haben nämlich viele Aufgaben abgegeben, zum Beispiel an Zweckverbände oder

Ämter, über die Bürgerinnen und Bürger dann nicht mehr bestimmen können. Das wächst sich langsam zum Demokratieproblem aus. Wenn sich Gemeinde zusammenschließen, sollte das ausschließlich freiwillig geschehen. Flensburg hat so eine Art „Hochzeit“ mit der Stadt Glücksburg begangen: wir haben jetzt eine Verwaltungsgemeinschaft. Das lag einfach nahe und klappt nach ersten Anlaufproblemen ganz gut.

Gegenwind: Als Partei der dänischen Minderheit gucken Sie ja auch nach Dänemark. Dort sind die Kreise viel größer und haben durch ihre Steuereinnahmen viel größere Gestaltungsmöglichkeiten. Vergleichen Sie das manchmal mit Ihrer Position?

Susanne Schäfer-Quäck: Ja, wir schauen natürlich sehr aufmerksam, was das in Dänemark zurzeit läuft. Aber dort sind die Strukturen völlig anders. Flensburg könnte man am besten vielleicht noch mit Aarhus vergleichen. Aber dieser Vergleich hinkt, weil Flensburg Mittelpunkt einer gemeinsamen Region, aber gleichzeitig eine Grenzstadt ist. Wir müssen also ungleiche Strukturen passend machen. Da ist es schon vor Vorteil, wenn man einen guten Draht zueinander hat und die Sprache des Nachbarn spricht. Das zeigt sich zum Beispiel in der Arbeitsgruppe, die nennt sich „Das Grenzdreieck“. Sonderburg, Apenrade und Flensburg arbeiten hier ganz eng zusammen, um gemeinsame Projekte auf die Beine zu stellen. Das läuft sehr gut an. In Dänemark sind die Bürgermeister gerade neu gewählt worden und stehen der Zusammenarbeit sehr positiv gegenüber. Aber nicht nur die Verwaltungsspitzen, sondern auch die gewählten Kommunalpolitiker müssen grenzüberschreitend enger zusammenarbeiten. Das entwickelt sich allmählich. Faktisch sind wir schon eine Region, aber gerade in Sachen Wirtschaftsförderung müssen wir noch eine Schippe drauf legen. Wir müssen gemeinsam versuchen, dänische Betriebe nach Flensburg zu holen, die dann in der deutschen Niederlassung neue Arbeitsplätze schaffen.

Gegenwind: Vielen Dank.

Mittelmeer



Als im Frühjahr 2011 Demonstrationen die meisten arabischen Länder erschütterten, geriet auch die Südgrenze der EU in den Blickpunkt der Medien. Denn es gab nicht nur viele Flüchtlinge, die versuchten, über das Mittelmeer die EU zu erreichen, es gab dabei auch sehr viele Tote. Dabei ist das Problem über zwanzig Jahre alt und geriet immer mal wieder in den Blickpunkt des Interesses. In diesem Heft werden die Hintergründe gezeigt. Warum verlassen Menschen ihre Heimat in Westafrika, in Ostafrika? Warum wandern sie nach Norden, nach Ägypten oder Libyen, nach Algerien oder Marokko und wagen sich auf die lebensgefährliche Überfahrt in die EU?

In der EU leben mehrere Millionen Menschen ohne Papiere. Einige Wirtschaftszweige (Ernte, Hausangestellte, Pflegekräfte) sind ohne diese Papierlosen überhaupt nicht möglich. Warum gibt es immer aufwändigere Kontrollen und militärische Operationen im Mittelmeer zur Eindämmung der Bootsflüchtlinge, obwohl nur 5 bis 10 Prozent der Flüchtlinge auf diesem Weg kommen?

Reinhard Pohl: **Mittelmeer**
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Gegenwind: Wie zufrieden waren Sie mit dem Ergebnis der Kommunalwahl?

Gudrun Lemke: Wir als Fraktion hätten uns ein bisschen mehr gewünscht, weil wir bei der vorigen Wahl zwei Mandate dazu gewonnen hatten. Bis dahin hatten wir sechs, jetzt haben wir wieder sechs. Es sind ein paar Stimmen an die Grünen gegangen. Aber im Verhältnis zum gesamten Kreistag ist es so in Ordnung. Dann kamen nur die Dinge, die auch im Interview mit dem grünen Fraktionsvorsitzenden schon zur Sprache kamen (vgl. **Gegenwind** 305, Sonderheft Seite 6). Das ist ein Teil des Problems, das wir im Kreistag haben.

Gegenwind: Können Sie etwas zu den Mehrheitsverhältnissen und dem rumpeligen Beginn sagen? Wie hat sich das aus Ihrer Sicht dargestellt?

Gudrun Lemke: Es ist das erste Mal, dass wir völlig überrumpelt wurden. Eigentlich hatten wir im Vorwege versucht, mit allen anderen Fraktionen zu sprechen. Wir waren der Meinung, wir haben ganz gute Gespräche geführt. Aber im Hintergrund liefen Dinge, die wir nicht mitbekommen haben, das war die erste Überraschung. Die zweite Überraschung war, dass die Linken und das „Bündnis für Bürger“ sich von der CDU an ihren Tisch haben ziehen lassen.

Gegenwind: Also Sie hatten, wie es üblich war, über die Ausschusssitze, Ausschuss-Vorsitzende und Besetzung der Gremien wie der Aufsichtsräte vorher gesprochen und eine Aufteilung nach Wahlergebnis und Fraktionsgröße vereinbart, und dann...

Gudrun Lemke: ... dann hat die CDU praktisch auf der Kreistagssitzung bekannt gegeben, welche Parteien sie mit Sitzen belohnt hat dafür, dass sie mit der CDU eine Einigung getroffen haben und mit der CDU die Größen der Ausschüsse verändert haben. Bisher haben die Linken ja eine entgegengesetzte Richtung, also gegen die Politik der CDU vertreten, und mit einmal sind sie sich jetzt einig, das hat uns völlig überrascht. Wir haben sie vorher nicht direkt auf unserer Seite gesehen, aber sie haben sich für soziale Belange und die Interessen der Bildung mit eingesetzt, was jetzt nicht mehr zum Tragen kommt.

„... völlig überrumpelt...“

Interview mit Gudrun Lemke und Gerd Voß, Vorsitzende und stellvertretender Vorsitzender der SSW-Fraktion im Kreistag Schleswig-Flensburg

Gerd Voß: Die Blockbildung war für uns auch ärgerlich, denn vorher wurden ja auch die externen Gremien nach Wahlstärke besetzt. Jetzt haben wir fast fünfzig Prozent der Sitze im Kreistag, aber bei den externen Gremien wie der Sparkasse ist das nicht berücksichtigt worden. Es ist ärgerlich, wenn im Aufsichtsrat ein Vertreter einer Partei sitzt, die nur mit zwei Mandaten im Kreistag sitzt. (vgl. zu diesen Kreistagssitzungen: **Gegenwind** 301, Seite 51.) Und es ist ärgerlich, dass die größeren Parteien nicht drin sitzen, und zwar entsprechend der Stärke ihres Wahlergebnisses.

Gegenwind: Wie hat sich denn das Klima im Kreistag danach entwickelt? Es war ja zunächst relativ frostig.

Gudrun Lemke: Mit den Grünen und der SPD haben wir ja schon immer eine gute Zusammenarbeit gehabt. Das kann man nicht anders sagen. Wir haben natürlich unsere eigenen Themen, darauf legen wir auch Wert, aber bei bestimmten Themen, wo man jemanden zur Zusammenarbeit braucht, um zu einem positiven Ergebnis zu kommen, konnten wir mit diesen beiden immer gut zusammenarbeiten. Die Stimmung ist so, dass man natürlich auch mit allen anderen reden muss. Man kann nicht sagen, ich mag Euch nicht, ich ziehe mich jetzt zurück. Dann geht es ja nicht weiter. Außerdem ist es gut zu wissen, wie die

anderen Fraktionen umstrittene Fragen sehen, dass man sich darauf vorbereiten kann. Man muss versuchen, immer wieder einen Weg zu finden, dass man im eigenen Interesse auch etwas voranbringt.

Gerd Voß: Bei der Ausschussarbeit versucht man immer eine Einigung zu finden, die nicht einfach ist, weil die große Fraktion der CDU oft Änderungsvorschläge hat, die man dann diskutiert und oft mitreinnimmt, aber nicht immer. Und da sind die Stimmverhältnisse im Kreistag dann maßgeblich. Denn was im Ausschuss beschlossen wird, wird im Kreistag neu abgestimmt, und wenn sich die CDU die beiden kleinen Parteien mit ranholt, dann wird eben die CDU-Politik im Kreistag gemacht, nicht die der anderen Parteien.

Gegenwind: Gibt es inzwischen wieder Vertrauen untereinander? Wenn die CDU etwas zusagt, haben Sie dann das Gefühl, Sie könnten sich darauf verlassen?

Gudrun Lemke: Das würde ich auf jeden Fall nicht tun. Man muss alles, was gesagt wird, hinterfragen. Das eine ist, was nach außen dringt, dass man auch im Ausschuss eine Bemerkung aufnimmt, die einen kritisch macht. Aber blindes Vertrauen ist nicht möglich, es bleibt aber die Hoffnung, das es auch in Zukunft Projekte gibt, die wir gemeinsam auf den Weg bringen.

gen können. Nehmen wir das Beispiel Landestheater: Da gab es ja auf Kreisenebene Einigkeit, dass wir den Neubau auf dem Heesterberg favorisiert haben, dafür gab es auch eine Mehrheit, auch was die Finanzierung und so weiter angeht. Da gab es dann andere Probleme, auf die der Kreis keinen Einfluss hatte, eben die Ablehnung in der Ratsversammlung der Stadt Schleswig. Das war aber die einzige Geschichte, wo wir mit der großen Mehrheit in die gleiche Richtung gegangen sind. Aber seit der letzten Wahl ist dies das einzige Thema, das mir dazu einfällt.

Gerd Voß: Eigentlich stimmt das so. Aber als die Probleme mit der Ablehnung aus der Stadt Schleswig im Kreistag ankamen, wurden die von der CDU-Fraktion aufgegriffen, und vor der letzten Abstimmung in Schleswig kamen Änderungsanträge von der CDU, auf den Neubau Heesterberg zu verzichten und die Renovierung im Lollfuß, also dem einsturzbedrohten und im Moment gesperrten Landestheater zu untersuchen. Das wäre eine Verzögerung um ein halbes Jahr gewesen, eine neue Untersuchung, das hat man dann gekippt, weil das nach der Entscheidung in Schleswig nicht mehr aktuell war. Aber das war auch kurz vor der Kreistagssitzung eine andere Meinung, eine andere Position, als wir vorher verabredet hatten, und zwar hatten wir das mit der CDU im Kreistag und in den Ausschüssen verabredet.

Gegenwind: Der SSW arbeitet also vor allem mit der SPD und den Grünen zusammen. Gibt es denn die Möglichkeit, eine Mehrheit gegen die CDU zusammen zu bringen? Rechnerisch wäre es möglich.

Gudrun Lemke: Rechnerisch wäre es möglich. Aber wir haben es versucht, das war ein Antrag von den Grünen, ein Handlungskonzept für Migration zu bekommen. Das wurde vom ganzen Kreistag verabschiedet, das blieb aber leider nur auf dem Papier. Eine Stelle dafür sollte nicht geschaffen, sondern in der Verwaltung gefunden werden, ohne dass es Mehrkosten verursacht. Es sollte durch die Verlagerung von Stunden entstehen. Dazu hat die Verwaltung gesagt, das ist nicht möglich, und dann hat man als Kompromissvorschlag eine halbe Stelle in den Raum gestellt, aber da ist es am Geld gescheitert. Dazu hätte man Geld

in die Hand nehmen müssen, aber dafür fehlte uns dann wieder die Mehrheit. Der Beschluss an sich ist getroffen worden, aber die Umsetzung ist gescheitert.

Gegenwind: Wie ist generell das Verhältnis zur Verwaltung und zum Landrat? Ist da eine gute Zusammenarbeit möglich? Gibt es Offenheit?

Gudrun Lemke: Ja. Gerade wir als kleine Fraktion haben zum Landrat und zur Verwaltung ein gutes Verhältnis. Da gibt es kaum irgendwo Probleme. Es ist ja auch so, dass der Landrat gegen die CDU-Stimmen gewählt worden ist. Das muss man auch sehen. Wir haben das Gefühl, dass das auch im Kreistag eine gewisse Rolle spielt. Da haben wir ja ausnahmsweise auch mal die FDP in unserer Runde gehabt, also SPD, Grüne und FDP zusammen mit uns, dadurch ist es was geworden. Aber wie man jetzt sieht, ist es dadurch auch schwierig, weil die momentane Mehrheit nicht den Landrat stellt. Und da gibt es unerschwellige Geschichten, die man nicht konkret beweisen kann, aber nach dem Gefühl spielt das eine Rolle.

Gegenwind: Was sind aus Sicht des SSW wichtige Themen und Forderungen für diese Wahlperiode? Schaffen Sie es, diese umzusetzen?

Gudrun Lemke: Wir haben ja schon versucht, die Eigenbeteiligung der Eltern für die Schülerbeförderung abzuschaffen. Da haben wir auch erst SPD und Grüne mit auf unserer Seite gehabt. Aber wir haben es nicht durchgekriegt, weil später weder von der SPD noch von den Grünen die Unterstützung da war. Das ist auch wieder am Geld gescheitert. Wir haben eben gesagt, das steht auch so in unserem Wahlprogramm, dass der Weg zur Schule ein Teil der Bildung ist. Und die kostenfreie Bildung ist für uns einfach sehr wichtig. Zu einer vernünftigen Daseinsvorsorge gerade hier auf dem flachen Land ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche zur Schule und zur Ausbildung kommen, dass alle die gleiche Chance haben. Gerade in den Schulen tauchen immer mehr Probleme auf, es ist wichtig, hier präventiv zu arbeiten. Und alles, was das erleichtert, gehört dazu.

Gerd Voß: Der Gegenvorschlag der CDU zur kostenlosen Schülerbeförderung war, die wollen wir auch, vom Grundsatz her, nur das Land soll bezahlen. Das hat ja während einer

CDU-Regierung die Elternbeteiligung eingeführt und die Bezuschussung durch das Land gestrichen. Das wollen sie von der SPD-Regierung jetzt wieder eingeführt haben, dass das Land die Kosten trägt, die der Kreis im Moment trägt, also 1,2 Millionen Euro, und da sind SPD und Grüne mit aufgesprungen. Das sehen wir aber nicht so, denn da können wir lange warten, das ist eine Nullnummer. Dann kriegen wir das nie, denn Geld ist überall knapp. Es ist eine freiwillige Aufgabe des Kreises, und auch die Elternbeteiligung ist freiwillig: Der Kreis kann, muss aber nicht die Eltern beteiligen. Und da müssen wir sagen, wir verzichten genau wie sechs andere Kreise auch auf die Elternbeteiligung.

Gegenwind: Gibt es noch weitere wichtige Forderungen des SSW?

Gerd Voß: Im Moment diskutieren wir im Kulturausschuss darüber, das Landschaftsmuseum Unewatt zu erweitern. Es liegt ein Angebot vor, den Christianhof zu kaufen. Da muss Geld eingeworben werden. Der Kauf wäre möglich durch Geld der Kulturstiftung. Aber die Sanierung des Gebäudes kostet zwischen 650.000 und 900.000 Euro, je nachdem, wie weit man saniert. Die Gelder müssen eingeworben werden, da fehlt jetzt noch ein Beschluss im Kulturausschuss und im Kreistag. Wir müssen das durchführen, damit das Museum attraktiver wird, auch im Winter, dass man es in Zukunft ganzjährig offen halten kann.

Im Sozialausschuss sind wir dabei, Seniorenbeiräte und Beiräte für Menschen mit Behinderung im Kreis einzurichten. Das wird im Moment finanziell durchgerechnet von der Verwaltung. Das sind im Moment unsere Schwerpunkte.

Gudrun Lemke: Langfristig haben wir auch immer noch die Bibliotheken im Auge. Die Zuschüsse für die Bibliotheken sind auch auf Null gefahren worden. Das ist auch wieder ein Teil von Bildung, wir sagen, es ist unverzichtbar. Da muss die öffentliche Hand ihren Teil dazu beitragen.

Und was ist grundsätzlich sehe, ist die Verantwortung für soziale Bereiche. Das darf man nicht aus dem Auge verlieren. Die Tendenz ist, sich davon zu verabschieden.

Gegenwind: Wie arbeiten Sie mit den anderen SSW-Fraktionen zusammen? Gibt es da regelmäßigen

Austausch? Gibt es projektbezogene Zusammenarbeit?

Gudrun Lemke: Es gibt eine Arbeitsgruppe der Fraktionsvorsitzenden, die sich relativ regelmäßig trifft, um einfach ein bisschen zu gucken, welcher Kreis macht was, wo kann man von den anderen was lernen. Auf der anderen Seite ist dadurch, dass die Mittel für freiwillige Leistungen sehr gering sind, schwer mit Anträgen aus eigener Initiative. Man kann gucken, wo es grenzübergreifende Ideen gibt, wo man sich gegenseitig unterstützen könnte oder wo man sich was abgucken kann. Aber es ist auch so, dass man mal eine Vorlage einer anderen Fraktion übernimmt, wenn das eine Idee für uns ist. Die Zusammenarbeit unter den Kreistagsfraktionen ist sehr gut.

Gegenwind: Haben Sie eine Idee, wie es mit dem Landestheater weiter geht?

Gerd Voß: Ich sehe Probleme mit dem jetzigen Gebäude am Lollfuß, das ja fast zur Hälfte abgerissen werden muss und zur Hälfte saniert, also praktisch neu aufgebaut. Da werden der Stadt Schleswig die Kosten weglaufen. Für die Sanierung eines Gebäudes gibt es ja keine Landesmittel. Das sind immerhin 6,3 Millionen Euro gewesen, die zugesagt waren für den Neubau Heesterberg, plus die Mittel, die die Kreise zugesagt hatten. Das ist bei einer Sanierung schwierig, das Geld zusammen zu bekommen. Die Stadt Schleswig muss aber eigentlich ein Theater vorhalten. Es kann natürlich sein, dass das Theater kleiner wird und dass die Verwaltung dann in einen anderen Kreis zieht. Das wäre eine Möglichkeit, mit der man in Schleswig Kosten sparen kann. Langfristig kriegen wir sicherlich etwas hin, aber wie das aussieht, liegt zur Zeit in der Hand der Stadtvertretung von Schleswig. Aber ich denke, wir brauchen ein Theater in Schleswig.

Gudrun Lemke: Und bevor dort eine Entscheidung getroffen wird, wird sicherlich über eine Strukturveränderung im Landestheater gesprochen werden. Das ist jetzt in Gang gekommen, weil die Pläne auf dem Heesterberg gescheitert sind. Einigen kommt das vielleicht gelegen, für die Stadt Schleswig ist das alles nicht positiv.

Gegenwind: Was erwarten Sie vom neuen Finanzausgleich, dem FAG?

Gegenwind 309 · Juni 2014



Gudrun Lemke: Es ist schwer, etwas dazu zu sagen. Vielleicht fehlen im Kreis noch mehr Mittel in Zukunft. Wir werden mit der Infrastruktur noch mehr Probleme haben. Aber wir können das noch nicht vertiefen, weil die Informationen noch fehlen.

Gegenwind: Welche Diskussionen gibt es denn mit den anderen SSW-Fraktionen? In Kiel und Flensburg wird das FAG positiv gesehen.

Gudrun Lemke: Das sind ja auch zwei Städte, die davon profitieren. Aber wir können trotzdem weiter gut miteinander zusammen arbeiten. Aber in den Kreisen sieht es eben anders aus als in den kreisfreien Städten. Man hofft hier im Kreis immer noch, dass es eine leichte Verschiebung gibt, dass man ein bisschen was gerade rückt, aber es wird im Ganzen schwieriger werden.

Gegenwind: Kennen Sie schon Zahlen? Mit was muss der Kreis rechnen?

Gudrun Lemke: Die Erstattung der Grundsicherung wird ja immer gerechnet. Dann heißt es am Ende, so groß wird der Verlust des Kreises nicht ausfallen. Im letzten Haushalt haben sich die Zahlen gegenüber dem Ansatz wieder etwas verbessert. Aber so-

bald eine Steigerung in irgend einem Bereich stattfindet, wird es sofort problematisch. Aber noch ist alles in der Schwebe, wir können uns auf die Zahlen, die genannt werden, noch nicht verlassen.

Gerd Voß: Es ist ja auch noch alles in Verhandlung. Es wird noch über Aufgaben verhandelt, es werden noch Zahlen verschoben, es ist noch nicht spruchreif. Wenn wir noch eine Verbesserung kriegen, wird der Kreis sich darauf einstellen. Wenn es so bleibt, wie es im Moment ist, hat der Landrat angekündigt, eventuell zu klagen. Das tut er dann wahrscheinlich auch, und dann geht es zum Verwaltungsgericht und man muss sehen, was dabei rauskommt. Aber auf der politischen Seite ist man auch dabei zu überlegen, andere Mittel in den Norden zu verschieben, damit sich das ausgleicht. Wenn das passieren kann und passiert, kann man vielleicht zufrieden sein.

Gudrun Lemke: Es wird ja auch darüber nachgedacht, ob man sich irgendwelcher Aufgaben entledigen kann, aber das ist noch nicht zu sagen, ob man was abschaffen kann. Es ist noch sehr vage.

Gegenwind: Vielen Dank.

„... ein Traum, in diesem Kreistag zu arbeiten“

Interview mit dem SSW-Fraktionsvorsitzenden und seiner Stellvertreterin im Kreistag Rendsburg-Eckernförde

Gegenwind: Wie zufrieden sind Sie mit dem Ergebnis der letzten Kommunalwahl?

Hartmut Steins: Ich war nicht ganz zufrieden. Wir hatten uns vorgenommen, wieder mit drei Sitzen in den Kreistag einzuziehen. Das ist uns nicht ganz gelungen, es fehlten uns 131 Stimmen. So sind wir jetzt nur mit zwei Personen wieder im Kreistag. Aber gut ist, dass wir zum zweiten Mal in Folge wieder drin sind. Das war früher schon anders.

Susanne Storch: Ich kann mich dem nur anschließen. Es ist natürlich schwieriger, zu Zweit die Arbeit zu machen, die vorher drei gemacht haben. Aber wir kriegen das schon geregelt. Wir haben auch tüchtige bürgerliche Mitglieder.

Gegenwind: Wie ist insgesamt die Zusammensetzung des Kreistages? Gibt es wiederkehrende oder wechselnde Mehrheiten?

Hartmut Steins: Es gibt wechselnde Mehrheiten. Wir haben uns ja keiner anderen Partei angeschlossen, keine Koalitionsverträge gemacht. Wir entscheiden je nachdem, was das Thema ist, mit unserer Fraktion, mit unseren bürgerlichen Mitgliedern gemeinsam, wie unser Abstimmungsverhalten ist.

Susanne Storch: Rein theoretisch könnten wir beide auch verschieden abstimmen. Wir haben keinen Fraktionszwang.

Gegenwind: Wie ist das Klima im Kreistag? Reden alle mit allen?

Susanne Storch: Ja. Es reden alle mit allen. Ich empfinde die Atmosphäre als angenehm.

Hartmut Steins: Ich empfinde die Atmosphäre als so harmonisch, dass es eigentlich ein Traum ist, in diesem Kreistag zu arbeiten. Es gibt keine großen Differenzen bei fast keinem Thema.

Susanne Storch: Aber wenn es Differenzen gibt, wird das auch gesagt und ausgetragen. Es nimmt keiner ein Blatt vor den Mund. Man streitet sich dann auch, kommt dann aber in der Regel zu einem tragbaren Ergebnis.

Gegenwind: Sind die Abstimmungen am Schluss in der Regel einstimmig? Oder gibt es auch Mehrheit und Minderheit?

Susanne Storch: Es gibt häufiger zwei Fronten. Es gibt häufiger eine Front CDU und FDP, und eine Front der Rest. Die Piraten und Linken ent-

halten sich manchmal. Es gibt schon verschiedene Mehrheiten.

Hartmut Steins: Aber es kommt eben jeweils auf das Thema an. Wir hatten jetzt vorgestern (5. Mai) das Thema „Fracking“ im Kreistag, und im Grunde genommen waren alle für die Resolution, aber es gab innerhalb des Antrages Punkte, die die FDP nicht haben wollte, und auch bei der CDU sind einige nicht mitgegangen bei einzelnen Punkten. Sie haben nur den Antrag als solchen unterstützt.

Gegenwind: Können Sie das konkret berichten?

Hartmut Steins: Es war ein Antrag „Fracking“, den die CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der SSW gemeinsam eingebracht hatten. Der Antrag hieß „Keine Genehmigung für Fracking in Rendsburg-Eckernförde“. Die FDP hat diesem Antrag als solchen zugestimmt, aber einzelne Punkte abgelehnt, einige von der CDU haben auch einzelne Punkte abgelehnt. Der Antrag ist aber trotzdem mit 10 Gegenstimmen durchgekommen.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zur Verwaltung und zum Landrat? Sind sie offen, gehen sie auf die Selbstverwaltung ein? Oder arbeiten sie lieber für sich allein?

Susanne Storch: Sie sind offen. Man kann mit allen Fragen und Problemen hingehen, erhält erschöpfend Auskunft. Und es ist eine sehr angenehme Zusammenarbeit.

Hartmut Steins: Der Landrat ist sehr offen, zum Beispiel in Bezug auf den Finanzausgleich und die geplanten Änderungen. Er hält uns gut auf dem Laufenden. Aber manchmal möchte er auch einige Sachen so machen, wie er das gerne will. Zum Beispiel wollte er gerne die IT-Abteilung aus der Kreisverwaltung ausgliedern. Wir haben zusammen mit der SPD kritisch nachgefragt, warum, wieso, weshalb. Wir sind stolz darauf, dass die IT-Abteilung jetzt einen neuen Ressortleiter bekommen hat, aber im Haus geblieben ist.

Gegenwind: Welches sind für den SSW die wichtigsten Vorhaben? Können Sie diese zu Zweit durchsetzen?

Hartmut Steins: Zu zweit alleine können wir sie nicht durchsetzen, wir müssen natürlich bei den anderen Fraktionen nachfragen, wie weit sie

uns unterstützen. Es ist uns zum Beispiel gelungen, dass wir im letzten Jahr den Zuschuss für die dänische Bücherei von 11.000 auf fast 15.000 Euro erhöht bekommen haben. Wir beide alleine hätten das nie durchbekommen, aber wir sind dann zu den anderen Parteien gegangen, und sie haben uns dabei geholfen. Was für uns sehr wichtig ist, ist der Finanzausgleich.

Ob wir wirklich in Zukunft 4,7 Millionen Euro weniger bekommen, wo wir streichen müssen, das wissen wir noch nicht genau. Das wissen wir erst, wenn das Gesetz auch verabschiedet worden ist. Das liegt uns sehr am Herzen. Und was uns noch am Herzen liegt, ist unser Minderheitenbericht. Den haben wir schon seit ein paar Jahren eingefordert, er ist immer noch nicht fertig. Wir haben jetzt gesagt, Anfang nächsten Jahres muss er wirklich da sein.

Susanne Storch: Wir hätten gerne, dass die Schülerbeförderung kostenlos ist, dass die Eltern nichts dazu bezahlen müssen. Ich hoffe immer noch, dass wir irgendwann auch die anderen Parteien dazu bekommen, dass sie uns unterstützen. Es gibt andere Kreistage, andere Kreise, die die Elternbeteiligung übernommen haben. Bei uns sind wir noch nicht so weit, aber das hätten wir gerne.

Gegenwind: Wie stehen Sie zum dem Projekt „Stadtregionalbahn“?

Hartmut Steins: Die Stadtregionalbahn ist ein Projekt, über das wir auch überregional mit dem SSW in Kiel, in Eckernförde und mit Rendsburg zusammen arbeiten. Wir vom Kreis her sehen die Stadtregionalbahn im Moment nicht als so attraktiv an. Wir denken, es ist mehr eine Straßenbahn, die Kiel sich wünscht, die aber von allen Partnern mit finanziert werden soll. Ich habe manchmal das Gefühl, die Stadt Kiel sagt, was gemacht wird, und wir sollen das dann mit bezahlen. Das ist unser Empfinden. Wir sind dabei und arbeiten auch mit, aber im Moment können wir für Rendsburg oder Eckernförde keine Vorteile sehen, und ich weiß auch, dass es verdammt schwierig ist, dieses Projekt nach Hainerau-Hademarschen zu verkaufen, das ja auch mit zum Kreis gehört.

Susanne Storch: Selbst die kleineren Gemeinden rund um Eckernförde haben nicht viel von der Stadtregionalbahn, weil der Zubringer nach Eckernförde gar nicht da ist. Die Bus-

verbindungen sind so schlecht, dass keiner was davon hat.

Gegenwind: Es gab im letzten Jahr die Klage von einigen Mitgliedern der Jungen Union gegen die Landtagsmandate des SSW. Wirken sich solche Diskussionen auch auf den Kreis aus? Oder bleibt das Klima dort gut?

Hartmut Steins: Man redet drüber, aber das Klima bleibt trotzdem gut. Die CDU-Fraktion selbst hat gesagt, die Klagen kamen aus Ostholstein, aber wir hier arbeiten mit Euch zusammen und können es nicht wirklich nachvollziehen, warum geklagt wurde.

Susanne Storch: So habe ich es auch erlebt.

Gegenwind: Wie ist generell die Zusammenarbeit zwischen den SSW-Kreistagsabgeordneten, was Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Kiel und Flensburg betrifft? Trifft man sich, oder telefoniert man nur ab und zu?

Hartmut Steins: Nein, man trifft sich. Die Fraktionsvorsitzenden treffen sich einmal im Vierteljahr, das ist dann in Flensburg. Wir haben es jetzt so gemacht in unserem Kreis, dass wir auch mit den Städten Rendsburg, Eckernförde und Kiel zusammen arbeiten wollen, weil doch viele Themen sich einfach überschneiden. Wir haben nicht so viele Themen mit Nordfriesland gemeinsam, weil da keine direkte Verbindung da ist, dann schon eher mit Schleswig und Flensburg, zum Beispiel mit dem Theater-Neubau und der Zukunft des Landestheaters. Und mit Kiel reden wir natürlich über die Stadtregionalbahn, aber auch über den kommunalen Finanzausgleich. Kiel sagt natürlich: toll, wir finden es in Ordnung. Wir als Kreis sagen natürlich, wir finden es nicht so gut.

Gegenwind: Haben Sie ein Konzept für das Landestheater?

Susanne Storch: Wir haben nicht direkt ein Konzept, aber wir haben bestimmte Vorstellungen. Wir hätten es sehr gerne, dass das Landestheater langfristig erhalten bleibt. Und ich persönlich denke, ohne eine dritte Spielstätte wird es ausgesprochen schwierig sein. Dass Schleswig das auf die Reihe kriegt, auch rechtzeitig, kann ich mir nicht so richtig vorstellen. Es müsste vielleicht noch Itzehoe oder Neumünster mit ins Boot kommen. Aber langfristig sollte das Landestheater erhalten bleiben.



Hartmut Steins: Ich bin der gleichen Meinung wie Susanne. Aber es müsste jetzt relativ zügig was gemacht werden, denn die Löhne und Gehälter laufen weiter, es kommt jetzt die Sommerpause ohne Einnahmen, und so viel Rückhalt hat das Landestheater ja auch nicht. Dann kommt man wieder zu den Kreisen und bittet um einen Extra-Zuschuss, aber auf Dauer muss was Konzeptionelles auf die Beine gestellt werden. Man weiß im Moment ja noch nicht mal, wer der Aufsichtsratsvorsitzende wird. Da will ja keiner so richtig ran.

Susanne Storch: Die beiden Spielstätten, die jetzt in Schleswig als Ersatz zur Verfügung stehen, also das Slesvighus und A. P. Möller Skolen werden von der Schleswiger Bevölkerung nicht so gut angenommen, wie man sich das wünschen würde. Das sind zusätzliche Ausfälle.

Gegenwind: Gibt es außer dem Minderheitenbericht noch etwas, was Sie unbedingt in dieser Wahlperiode durchsetzen wollen als SSW?

Hartmut Steins: Im Moment sind wir im Kreis den deutschen Institutionen gleichgestellt. Wir können jetzt nicht mehr fordern, wenn die anderen nicht mehr bekommen. Das können wir nicht und wollen wir auch nicht. Wenn wir einen Unterschied feststellen würden, würden wir einen Ausgleich fordern, aber im Moment haben wir die Gleichstellung erreicht.

Gegenwind: Vielen Dank!

„Wir werden beraten, wie die Arbeit im Rat weitergehen kann“

Interview mit Antje Danker, SSW in der Kieler Ratsversammlung

Gegenwind: Wie war das Ergebnis der Kommunalwahl? Warst Du damit zufrieden?

Antje Danker: Im Unterschied zur letzten Kommunalwahl hatten wir in allen Stadtteilen Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Wir haben deshalb an Stimmen gewonnen, obwohl wir in unseren klassischen Stadtteilen etwas abgenommen haben. Wir haben da nicht das erreicht, was wir schon mal hatten. Insgesamt bin ich natürlich sehr zufrieden mit dem Ergebnis, weil wir es ja geschafft haben, mit zweien in den Stadtrat reinzukommen. Das war ein Erfolg der guten Arbeit vorher.

Gegenwind: In der Ratsversammlung gibt es ja eine Kooperation von SPD, Grünen und SSW. Als das Ergebnis klar war, war auch klar, dass Rot-Grün auch ohne SSW eine Mehrheit hat. Hattest Du die Befürchtung, die beiden könnten ohne Euch weiter machen?

Antje Danker: Das haben wir schon gesehen, dass sie uns rechnerisch nicht mehr brauchen. Wir haben aber so viele gemeinsame Schnittpunkte und

gemeinsame Projekte, wir haben gut zusammen gearbeitet und sind gut zusammengewachsen. Und die Bereitschaft, weiter zusammen zu arbeiten, war gleich da. Sie haben uns gleich gefragt, wir haben gleich zugesagt. Das, was wir angefangen haben, wollen wir auch fortsetzen.

Gegenwind: Was hat sich an der Ratsversammlung geändert? Vorher hattet Ihr eine Ein-Stimmen-Mehrheit, brauchtet äußerste Disziplin. Jetzt ist es etwas komfortabler.

Antje Danker: Ja, der Druck hat abgenommen. Vorher war ich ja alleine, musste immer präsent sein. Und die Mehrheit ist jetzt angenehmer.

Gegenwind: Wie ist das Verhältnis zu den Parteien, die in der Opposition sind? Redet der SSW mit allen, mal vom faschistischen Abgeordneten abgesehen? Ist das Verhältnis zu den anderen entspannt, oder ist es eine starke Blockbildung?

Antje Danker: Der SSW redet gerne mit allen, und der SSW trifft gerne alle in den unterschiedlichen Gremien. Aber wenn es um unsere Anträge

geht, und die drei Fraktionen in der Kooperation einig sind, ist es was anderes. Inzwischen gehen aber andere mit drauf, unterstützen unsere Anträge – zum Glück, finde ich. Von Seiten der FDP gab es aber auch Angriffe gegen uns, und das belastet das Verhältnis natürlich, besonders wenn man angegriffen wird, aber das nicht ausdiskutieren kann.

Gegenwind: Wir hatten jetzt gerade ein Oberbürgermeister-Wahl. Das Ergebnis war ja vermutlich deutlicher als Ihr es erwartet habt. 63 Prozent bekam der Kandidat der Kooperation, weniger als 30 Prozent der Kandidat von CDU und FDP. Hat das das Klima verändert?

Antje Danker: Das Klima ist entspannter, weil alle Posten jetzt wieder besetzt sind. Wir haben ja außer dem Oberbürgermeister auch zwei Dezernten neu gewählt. Wir sind wieder komplett. Wir haben alle Dezernten, alle Amtsleitungen. Es war auch die Erwartung, dass es ruhiger wird. Wir haben jetzt alle unsere Ansprechpartner.

Gegenwind: Wie ist generell das Verhältnis der Verwaltung und Selbstverwaltung? Ist die Verwaltung offen gegenüber den Ratsfrauen und Ratsherren?

Antje Danker: Ich bekomme natürlich Informationen, aber manchmal komme ich nicht weiter. Dann hole ich mir Hilfe bei meinem Koalitionspartner, und dann geht das auch. Aber die Verwaltung ist sehr groß, es ist manchmal nicht einfach, die Richtigen zu finden. Wir sind auch erst kurz als Fraktion hier, und als Fraktion kann man anders agieren. Dadurch haben wir bessere Möglichkeiten.

Gegenwind: Jetzt ist die Fraktion ja zerbrochen. Wie geht es mit dem SSW im Rat weiter?

Antje Danker: Wir hatten die ganze Zeit unsere Konflikte innerhalb der Fraktion. Wir waren bei der Fraktionsbildung auch Anfänger.

Nach dem Austritt von Ratsfrau Susanna Swoboda hat sich die SSW-Fraktion aufgelöst. Übrig ist, dass eine Gruppe des SSW in Kiel mit allen an einem „Neuanfang“ arbeitet mit dem Ziel, eine Fraktion wieder herzustellen. Ich werde mich einem Neuanfang nicht entgegenstellen, wenn das so auf der Mitgliederversammlung ent-

schieden wird. Nun vertrete ich den SSW als Ratsfrau. Ich bin über meine Emailadresse antje.danker@gmx.de weiterhin zu erreichen.

In der aktuellen Stunde der letzten Ratsversammlung habe ich in meiner Rede den Rückzug der MVV als Partner für den Gas-Kraftwerksneubau als verantwortungslos bezeichnet. So behandelt man keine Partner. Für die Zukunft erscheint mir wichtig, sich gemeinsam, d.h. die ganze Ratsversammlung dafür einzusetzen, dass die Energieversorgung in Kiel geregelt wird. Rot-Grün-Blau im Land wird uns in Kiel sicher dabei unterstützen. Gerade die ältere Generation in Kiel macht sich große Sorgen, da wollen wir als Kooperation für eine sichere und ökologische Energieversorgung sorgen.

Am 10. Juni 2014 ist unsere SSW Mitgliederversammlung in Kiel, wo wir beraten werden, wie die Arbeit im Rat weitergehen kann.

Gegenwind: Was sind aus Deiner Sicht die wichtigsten Themen, die der SSW in die Ratsversammlung einbringen will?

Antje Danker: Bei uns steht Bildung ganz oben, wichtig ist außerdem das Wohnen und Soziales. Wir wollen auch gut für unsere Minderheiten in der Stadt sorgen. Das steht alles in einem Zusammenhang miteinander. Wir haben jetzt den Minderheitenbericht, der wird alle fünf Jahre neu gemacht. Da gucken wir natürlich, ob wir noch nachsteuern müssen. Wir haben hier auch die Sinti und Roma im Blick, zum Beispiel das Projekt „Maro Temm“. Wir haben erreicht, dass wir die Zuschüsse für den dänischen Kindergarten haben. Wir haben erreicht, dass die Erwachsenenbildung anerkannt und unterstützt wird. Unser deutsch-dänischer Einfluss wirkt innerhalb der Kooperation. Wir lassen Konflikte nicht so wie sie sind, sondern stellen auch einen Ausgleich her.

Gegenwind: Wie gehen die beiden Kooperationspartner auf Vorschläge des SSW ein?

Antje Danker: Da haben wir das gute Beispiel mit der Festung Friedrichsort. Kiel war lange dänisch, es gibt die dänische Festung in der Hafeneinfahrt, und das soll jetzt wahrgenommen werden. Wir haben mit den Kooperationspartnern einen Antrag in Arbeit, um die dänische Geschichte Kiels sichtbar zu machen. Es gibt

einen Plan für die Landesgartenschau, das steht im Zusammenhang mit der Frage, wie Kiel sich darstellt, und da wollen wir auch die Minderheiten Kiels berücksichtigen. Da stoßen wir immer auf offene Ohren.

Gegenwind: Jetzt gibt es einen fünfköpfigen Magistrat, allerdings mit drei ganz neuen Mitgliedern. Auch wenn Du noch keine Erfahrungen hast, weil drei der fünf erst vor ein paar Tagen ihr Amt angetreten haben: Erwartest Du Offenheit für SSW-Anliegen auch beim Magistrat?

Antje Danker: Ja, ich erwarte, dass wir gemeinsam unsere Politik umsetzen können, und jetzt auch besser umsetzen können. Wenn aus einer Minderheit Anfragen kommen, egal ob von den Sintis oder aus der dänischen Minderheit, erwarte ich, dass wir das zusammen besprechen können. Wir kennen uns ja alle aus den vorigen Funktionen und Dienststellen. Meine Erwartung ist, dass die Zusammenarbeit einfacher wird, die Umsetzung leichter wird.

Gegenwind: Vielen Dank.



Antje Danker mit ihrer Mutter Katrin (85 Jahre) Foto: Sabine Lomatzsch

Flucht & Asyl



Mehr als 100.000 Flüchtlinge kamen 2013 nach Deutschland, und 2014 werden mehr als 120.000 erwartet. An vielen Orten bilden sich Initiativen, die sie bei der Ankunft und im Asylverfahren unterstützen wollen. Diese Broschüre gibt eine Übersicht über das Asylrecht und das Asylverfahren für alle, die ehrenamtlich oder hauptamtlich beraten. Sie kann natürlich nicht die Beratung durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt ersetzen. Es ist aber wichtig, alle Schritte zu verstehen und die Fristen zu kennen, um Fehler zu vermeiden. Das Heft eignet sich auch als Unterlage für Seminare und Fortbildungen.

Reinhard Pohl: **Flüchtlinge bitten um Asyl.** 2014, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de